

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Die 3. Tagung des Verbandsbeirates.

Zur Erledigung wichtiger innerorganisatorischer Angelegenheiten hatte der Verbandsvorstand zum 1. und 2. September die 3. Beiratskonferenz ins Dresdener Volkshaus einberufen. Mit Ausnahme des erkrankten Bezirksleiters, Kollegen Busch, waren alle Mitglieder des Verbandsbeirates anwesend. Nach der Begrüßung widmete der Verbandsvorsitzende, Kollege Bach, den Toten des Jahres, besonders auch dem kürzlich verstorbenen Kollegen Braune, Leipzig. Worte dankbarer Erinnerung. In seinem Bericht über den Stand der Organisation und die Tätigkeit des Vorstandes beleuchtete er hierauf die unerfreuliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Man darf leider kaum damit rechnen, so führte der Referent aus, daß die Krise bereits ihren tiefsten Stand erreicht hat. Immer noch steigen die Arbeitslosenzahlen, und sie werden voraussichtlich im kommenden Winter eine katastrophale Höhe erreichen. Das ist für die Gegner der Arbeiterchaft Anlaß genug, nach längst erwogenen Plänen zum Angriff auf die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte überzugehen. Sie fanden bisher und finden wohl auch weiter die verständnisvolle Unterstützung der gegenwärtigen Bürgerblockregierung, die unter rigorosen Verordnungen mit dem § 48 bereits erhebliche Verschlechterungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung durchgeführt hat und damit weiteren Angriffen der Unternehmer auf die Lebenshaltung der minderbemittelten Bevölkerungsschichten den Weg zu ebnen versucht. Was dagegen in geringen Anfängen zur Arbeitsbeschaffung und darüber hinaus zur Ankaufbelohnung der Wirtschaft geschieht, ist in der Hauptsache dem ständigen Drängen und der Initiative der Gewerkschaften zu verdanken. Die Bestrebungen der Unternehmer auf weitgehenden Lohnabbau treten immer schärfer hervor; die letzten Vorgänge in Nordwest und in der Berliner Metallindustrie zeigen, daß der Einfluß der Unternehmer auf gewisse Regierungsstellen durchaus nicht ganz ohne Wirkung bleibt. Mit dem Preisabbau wagt man sich dagegen an die großen, in Kartellen und Trusts zusammengeschlossenen Unternehmungen der Groß- und Schwerindustrie nicht heran. Hier begnügt man sich vorläufig mit einem scharfen Druck auf das kapitalschwache und weniger widerstandsfähige Handwerk, indem bei öffentlichen Aufträgen ohne Rücksicht auf die Reichsverordnungsordnung vom Mindestfordernden ein weiterer obligatorischer Preisnachlaß von 10 % vorgeschrieben wird. Soweit Mittel zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden, ist unsererseits darauf zu dringen, daß auch notwendige Instandsetzungsarbeiten zugelassen und in Angriff genommen werden. Mehr und mehr zeigt es sich, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine eminent politische Frage ist. Die deutsche Arbeiterchaft hat deshalb alle Veranlassung, am 14. September geschlossen gegen ihre wirtschaftlichen Unterdrücker und gegen die in deren Solde stehenden politischen Scharlatane zusammenzutreten.

Die Mitgliederbewegung hat sich trotz der verheerenden Arbeitslosigkeit als durchaus stabil erwiesen. Der weiteren Ueberfüllung des Gewerbes durch unverantwortlich überfeylerische Lehrlingshaltung soll eine Denkschrift entgegenarbeiten, die in wirkungsvoller Aufmachung die Schäden aufdeckt und den Landeszentralbehörden sowie allen zuständigen Stellen zugesandt wurde. Auch sonst hat sich der Verband im Sinne seiner Bestrebungen und Aufgaben betätigt. Die örtlichen Verhandlungen zur Ergänzung des Reichstarifes sind bis auf wenige Punkte, die der Entscheidung des Reichstarifamtes vorbehalten bleiben sollen, erledigt. Während einige Städte vernünftigerweise zu einer tariflichen Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden gekommen sind, um der übermäßigen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, glauben weniger sozial eingestellte Arbeitgebergruppen in Sachsen mit Hilfe der Zentralinstanzen eine Verlängerung der bisher üblichen Wochenarbeitszeit erzwingen zu können. Die Allgemeinverbindlichkeit konnte wegen Einspruchs außerberuflicher Organisations- und einiger tarifseindlicher örtlichen Arbeitgeberorganisationen noch nicht erreicht werden.

Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ist der Verband ununterbrochen tätig gewesen; leider finden die Bestrebungen des Ausschusses für Sachwerterhaltung nicht die genügende Unterstützung und vor allem werden die Meldekarten für antragsbedürftige Objekte nicht im gewünschten Maße von den Kollegen verwendet.

Die guten Erfahrungen mit den vorjährigen Funktionärkursen haben den Vorstand veranlaßt, eine Wiederholung in die Wege zu leiten, wobei der Unterrichtsplan noch erheblich zu erweitern wäre. Außerdem sollen 20 Kollegen zu einem vierwöchigen Unterrichtskurs in die Bundeschule Bernau entsandt werden. Für die Inva-

des gegenwärtig tobenden Reichstagswahlkampfes eine un-zweideutige Stellungnahme des Beirates, um den organisierten Kollegen eine Richtschnur zu geben und den Verband für eine klare und eindeutige Politik zum Wohle der Gesamtheit festzulegen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Bach wurden die nachfolgenden Entschlüsse einstimmig angenommen:

Wahlkampf ist Wirtschaftskampf!

Keine Lohnerhöhung, keine strikte Durchführung des Achtstundentages, keine Besserung der Lebenshaltung, keine Preissenkung ohne politische Macht der Arbeiterklasse.

Das persönliche Schicksal des Arbeiters wird bestimmt durch die Politik, die der Staat betreibt. Der Wochenlohn ist ein politischer Lohn. Seine Höhe ist außer von der Stärke der Organisation und den sozialen Machtverhältnissen abhängig von der Stärke der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse.

Brotpreis und Fleischpreis sind politische Preise. Die Entscheidung über ihre Höhe fällt bei den Wahlen.

Arbeitszeit, Arbeiterschutz und Erwerbslosenunterstützung hängen ganz davon ab, wer im Reiche regiert.

Besserung der Konjunktur und Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind unmöglich, solange über die Wirtschaftspolitik die Unternehmer entscheiden. Der Stimmzettel ist eine der stärksten Waffen im Kampf gegen das Kapital.

Wendet diese Waffe, die euch in die Hand gegeben ist, richtig an!

Klassenbewußte, denkende SPD., Liste 1 Gewerkschafter wählen

lidenunterstützung kommen zur Zeit 352 Kollegen in Frage, an die im Durchschnitt 18,75 M monatliche Invalidenunterstützung gezahlt wird. — So das mögliche von der Organisation für die Mitglieder und den Berufsgesellen, so liegt die Zukunft doch sehr trübe vor uns. Der Vorstand wird aber alles tun, um das Los der langfristigen Arbeitslosen und der Ausgesteuerten in den kommenden Monaten nach besten Kräften zu erleichtern.

Im Anschluß an den Vorstandsbericht gab der Kassierer, Kollege Ringel, einen ausführlichen Ueberblick über die Finanzgestaltung des Verbandes. Den geringeren Einnahmen infolge gesteigerter Arbeitslosigkeit und Verwendung beitragsfreier Marken stehen erhöhte Anforderungen an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gegenüber. Trotzdem können Finanzgebarung und Vermögensstand als günstig bezeichnet werden.

Die sachliche Aussprache ergab volles Einverständnis mit der Tätigkeit des Vorstandes. Es wurde betont, daß die Invalidenunterstützung nicht nur werbenden Einfluß ausübt, sondern durchaus geeignet sei, die bisher immer noch sehr erhebliche Fluktuation einzudämmen und so die Treue der Mitglieder zum Verband zu stärken. Außergewöhnliche Verhältnisse bedingen außergewöhnliche Mittel. Deshalb wurde verlangt, der Forderung der Einbeziehung unseres Berufes in die Krisenfürsorge durch eine erneute zur Kenntnis der Behörden zu bringende Entschließung Ausdruck zu geben. Außerdem erfordert die wütende und läugerische Propaganda gegen die Arbeiterchaft während

Entschließung zur Krisenfürsorge.

Der Beirat des Verbandes der Maler usw. nimmt mit Bedauern Kenntnis von der ablehnenden Haltung, die das Reichsarbeitsministerium zur Ausdehnung der Krisenfürsorge auf das Maler- und Lackierergewerbe einnimmt. Die nicht nur saisonmäßig bedingte, sondern vornehmlich durch die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse hervorgerufene Lage auf dem Arbeitsmarkt für das Maler- und Lackierergewerbe hat zur Folge, daß selbst in den sogenannten Saisonzeiten die Angehörigen des Maler- und Lackierergewerbes unter ganz erheblicher Arbeitslosigkeit, so im Juli 1930 circa 34 %, zu leiden haben und auch die durchschnittliche Arbeitslosigkeit den Zeitraum der für die Arbeitslosenunterstützung vorgesehenen 26 Wochen weit übersteigt. Die ganz außerordentliche wirtschaftliche Notlage der dem Maler- und Lackierergewerbe angehörenden Arbeitnehmer veranlaßt den Beirat des Verbandes, vom Reichsarbeitsministerium erneut die Ausdehnung der Krisenfürsorge auch auf das Maler- und Lackierergewerbe zu fordern.

Entschließung zur Reichstagswahl.

Der Beirat des Verbandes der Maler, Lackierer usw. nimmt Kenntnis von der Unterstützung, die die im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften der Sozialdemokratischen Partei für den zur Zeit tobenden Reichstagswahlkampf zuteil werden lassen. Er billigt den Standpunkt des Verbandsvorstandes in dieser Frage, weil nur die Sozialdemokratische Partei und ihre Vertreter in den verschiedensten Parlamenten die Tätigkeit und das Wirken der Gewerkschaften nach besten Kräften unterstützen und die Erfolge der Gewerkschaften zu sichern versuchen. Ohne das tatkräftige Zusammenwirken der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften wäre es nicht möglich, der Arbeiterchaft die sozialpolitischen Errungenschaften, besonders auch die der Nachkriegszeit, zu erhalten und den Anschlag der gesamten Reaktion darauf abzuwehren. Auch auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Gebiet vertreten Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften gleiche Auffassungen. Der Verbandsvorstand wird vom Beirat aufgefordert, die Sozialdemokratische Partei im Wahlkampf und auch weiterhin zu unterstützen und in der Verbandspresse für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Eine Unterstützung der KPD. kann nicht in Betracht kommen, weil diese Partei ihre Hauptaufgabe in der fortgesetzten Bekämpfung der freien Gewerkschaften sieht und den Kampf gegen die Arbeiterbewegung in einer Art führt, die jeden Erfolg unmöglich macht und sich zum Schaden der Arbeiterchaft auswirkt.

In den vorgeschrittenen Nachmittagsstunden wurde dann eine gemeinsame Besichtigung der „Internationalen Hygieneausstellung Dresden 1930“ vorgenommen. Dem Rahmen der Bestrebungen dieser ungewöhnlich großen und reichhaltigen Veranstaltung war dann das Thema des zweiten Verhandlungstages angepaßt. Der frühere Verbandsvorsitzende, Kollege Streine, der jahrelang hindurch die Maßnahmen unseres Verbandes für die Gesunderhaltung unserer Berufsangehörigen nach außen hin vertrat, hielt einen instruktiven Vortrag über die „Entstehung und Bedeutung der neuen Bleiverordnung“. Ausführlich schildert er die furchtbaren Verheerungen, die das Bleiweiß und sonstige Giftfarben früher in Kollegenkreisen angerichtet hatten. Langer Kämpfe hat es zur Durchführung der ersten Schutzmaßnahmen durch gesetzliche Regelung bedurft. Sie waren um so schwieriger, als unser Verband fast allein stand. Nur selten gelang es, Verzele für unsere Bestrebungen zu interessieren; um so dankbarer muß einiger Autoritäten, wie Professor Dr. Sommerfeld, des verstorbenen Geschäftsführers der Berliner Malerkrankenkasse, Kollegen Buschold und einiger anderer gedacht werden, die sich in uneigennützigster Weise für die Bekämpfung der

Blauvergiftung einsetzten. Im Jahre 1905 wurde die erste Verordnungsverordnung mit einigen gewerbehygienischen Vorschriften: Lieferung von Seife, Nagelbürste und Handtuch, Verbot des Treckenschleifens von Bleiweißanstrichen usw. erlassen. Unsere weitestgehende Forderung auf ein völliges Verbot des Bleiweißes oder doch zum Besten für Innenanstriche, schien völlig aussichtslos, indem die Gefahren dieses gefährlichen Körpergiftes von den Interessenten, Bleifarbenfabrikanten im trauten Verein mit unsern Arbeitgebern und willfährigen Ärzten, scharf bestritten oder gar ganz verneint wurden. Erst das „Washingtoner Abkommen“, auf Betreiben des Völkerbundes im Jahre 1919 durchgedrückt, brachte unser Bestreben die internationale Anerkennung. Aber wieder verstanden es die Bleiinteressenten, ihren unheilvollen Einfluß zur Geltung zu bringen und die Ratifizierung in einer Reihe von größeren Staaten zu hintertreiben. Erst jetzt ist es den ununterbrochenen Bemühungen unseres Verbandes, unterstützt von einer Anzahl anerkannter Ärzte und Gewerbehygieniker (Dr. Koelsch, Dr. Teleky u. a.) gelungen, dem Washingtoner Abkommen, wenn auch mit gewissen Kanteln und Einschränkungen, die Anerkennung zu verschaffen. Die Ratifizierung durch das Deutsche Reich kann dann nur noch eine Frage der Zeit sein.

Die neue Verordnung, die im Herbst dieses Jahres in Kraft tritt, ist schon in Nr. 27 des „Maler“ ausführlich behandelt, so daß sich ein näheres Eingehen an dieser Stelle erübrigt. Der Verbandsvorstand beschäftigt sich weiter mit der Angelegenheit, und er wird das ausführliche Material nach dem Inkrafttreten der Verordnung in einer Broschüre verarbeiten. Nachdem vor einigen Jahren die Entschädigungspflicht für Bleivergiftungen als Berufsunfall anerkannt wurde, ist eine neue Etappe im Kampfe gegen die giftigen Bleifarben zurückgelegt. Auch dieser Vortrag löste eine gründliche Aussprache aus. Nachdem dann erneut zu den dringendsten Gegenwartsfragen Stellung genommen war und der Verbandsvorstand bestimmte Zusagen für die Hilfeleistung an die Opfer unserer kapitalistischen Wirtschaft gemacht hatte, wurde die Tagung mit einem anfeuernden Appell des Vorsitzenden, Kollegen Maß, zur intensiven Mitarbeit an den Aufgaben der Organisation, geschlossen.

Wo bleibt die Ausdehnung der Krisenunterstützung?

Schon vor einigen Monaten, als die Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen ununterbrochen stieg, und in mehreren, so besonders den handwerklichen Berufen, auch die Zahl derjenigen, die nicht einmal mehr die zehnwöchige Unmartzschaffszeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung erfüllen konnten, hatten die freien Gewerkschaften den Reichsarbeitsminister Stegerwald um eine Rücksprache ersucht, in der sie die unabwendbare Notwendigkeit einer Ausdehnung der Krisenunterstützung über die jetzt zugelassenen Berufe hinaus und einer Verlängerung der Unterstützungsdauer darlegten. Herr Stegerwald mußte damals zugeben, daß in der Tat die geltenden Zulassungen der Krisenunterstützung nicht mehr als ausreichend angesehen werden konnten und daß es notwendig sei, die im Etat angelegten Beträge zu erhöhen. Dies um so mehr, als ja selbst bei einer Erhöhung des Etatsjahres von 150 auf 300 Millionen Mark im Durchschnitt nur etwa 400 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung versorgt werden können, eine Zahl, die trotz gleichbleibender Beschränkung in der Zulassung inzwischen schon beträchtlich überschritten werden ist.

In erster Linie versuchte aber der Minister die Gewerkschaften damals zu verstoßen, indem er auf sein Arbeitsbeschaffungsprogramm hinwies, das eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen werde, die zu einer beträchtlichen Verminderung der Unterstützungsempfänger und im Zusammenhang damit zu einer Erweiterung des Kreises der zugelassenen Berufsgruppen führen sollte.

Auf die Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hat man bisher vergeblich gewartet. Statt dessen schwillt die Zahl der Ausgesteuerten laminarartig an. Hunderttausende werden zur kommunalen Wohlfahrtspflege abgehoben, so daß die Belastung der Städte gerade in typischen Arbeiterrevieren immer merklicher wird und auf die Dauer nicht mehr zu tragen ist.

Selbst die christlichen Gewerkschaften empfinden langsam das Unhaltbare dieses Zustandes und haben eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in der sie die Ausdehnung der Krisenunterstützung, insbesondere auch die Einbeziehung von Saisonarbeitern und eine Verlängerung der Bezugsdauer fordern. Wir sind mit diesen Forderungen voll und ganz einverstanden und auch mit der Begründung, in der auf die außerordentliche Unterschiedlichkeit in der Zulassung und die hieraus folgenden unbilligen Verschiedenheiten in einzelnen Gewerben hingewiesen wird. Immer wieder haben wir es als Ziel aufgestellt, die Krisenunterstützung zu einem alle Arbeitslosen erfassenden Bundesgesetz zwischen Arbeitslosenversicherung und kommunaler Wohlfahrtspflege zu entwickeln. Leider fanden wir bisher wenig Unterstützung in den christlichen Gewerkschaften und erst recht wollen die ihnen nahestehenden Parteien nichts davon wissen.

Unsere Eingaben an den Reichsarbeitsminister, unsere Verlegungen in der Öffentlichkeit, blieben bisher ungehört. Vielleicht gibt die Eingabe der christlichen Gewerkschaften dem Reichsarbeitsminister Stegerwald endlich einmal Veranlassung, halt vor Jahresansprüchen seines Arbeits-

beschaffungsprogramms zu reden, gegenüber der für sichbaren akuten Notlage der Ausgesteuerten auch einmal zu handeln. Eine Ausdehnung der Krisenunterstützung wäre die dringendste Aufgabe, die der Reichsarbeitsminister zur Zeit zu erfüllen hat.

Großhandelspreiserhöhung 1928-1930.

Von Jürgen Kuczynski

Die Senkung der Groß- und Kleinhandelspreise ist im Augenblick zum Stillstand gekommen. Wir wissen nicht, ob die Preise jetzt wieder steigen oder ob sie noch weiter sinken werden. Es ist aber vielleicht angebracht, einen Rückblick auf die letzte Periode der Preisbildung zu tun, die in Deutschland im Jahre 1928 begann und als Periode der Preisenkungen bezeichnet werden kann.

Im Jahre 1928 erreichten in einer sehr großen Anzahl von Ländern die Preise ihren Höhepunkt, um dann in den folgenden Jahren zum Teil stark, zum Teil schwächer zu sinken. Zu diesen Ländern gehören:

Albanien	Neu-Seeland
Belgien	Niederlande
Deutschland	Polen
Estland	Schweden
Finnland	Schweiz
Frankreich	Ungarn
Jugoslawien	Vereinigte Staaten von Amerika.

In manchen dieser Länder unterbrach die Steigerung der Preise von 1927 bis 1928 nur ein langjähriges Abgleiten, so daß die 1928 folgende Preisenkung nur als Fortsetzung einer vorübergehend gestörten Bewegung betrachtet werden muß; in anderen Ländern wieder bedeutete die Preissteigerung von 1927 bis 1928 den Höhepunkt einer bereits 1926 oder noch früher begonnenen Bewegung, auf die die nachfolgende Preisenkung als Reaktion folgte.

Die Preisenkung von 1928 bis 1929, die wir nicht nur bei den oben angeführten Ländern, sondern auch bei einer Reihe anderer Länder, in denen sie nur das Glied einer Reihe ununterbrochener Senkungen ist, beobachten können, war nirgends ungewöhnlich im Ausmaß. Sie übertraf nur in den folgenden Ländern 5%: Jugoslawien, Lettland, Polen, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn.

Weit stärker waren die Preisenkungen im Jahre 1930, und mit der Größe der Preisenkungen wuchsen auch die Unterschiede in der Intensität der Preisbewegung. Im Juni 1930 lagen die Großhandelspreise in Prozenten unter dem Stand des Juni 1929:

Land	Prozent-Senkung der Großhandelspreise
Belgien	12
Dänemark	11
Deutschland	8
Frankreich	13
Großbritannien	11
Italien	14
Norwegen	5
Oesterreich	10
Peru	4
Polen	12
Schweiz	10
Vereinigte Staaten von Amerika	10

Wenn wir weiterhin noch die entsprechenden Malerpreise, die heute für weitere zwölf Länder vorliegen, vergleichen, so werden wir finden, daß Deutschland zu den vier Ländern gehört, in denen die Preise am wenigsten gesunken sind.

Diese Unterschiede in der Preisbewegung können eine wirtschaftlich durchaus vernünftige Begründung darin finden, daß die Großhandelspreise für ganz verschiedene Waren eine ganz verschiedene Rolle in den einzelnen Ländern spielen. Wenn zum Beispiel die Agrarpreise auf der ganzen Welt gleichmäßig sinken würden und die Industriepreise auf der ganzen Welt stabil bleiben würden, dann würden natürlich die Großhandelspreisindizes, die den Durchschnittspreis der wichtigsten auf dem Großhandelsmarkt gehandelten Waren darstellen, in allen Ländern verschieden sinken müssen, und zwar würde die Senkung je größer sein, desto bedeutender die Rolle der agrarischen Güter auf dem Großhandelsmarkt des entsprechenden Landes ist.

Tatsächlich war nun in den letzten Jahren ein Unterschied in der Entwicklung landwirtschaftlicher und industrieller Waren: die Preise der ersteren fielen nämlich stärker als die der letzteren, die zum Teil sogar stiegen. Demnach mußte die Preisenkung besonders stark in den Ländern gewesen sein, bei denen die auf dem Großhandelsmarkt erscheinende Warenmasse zum großen Teil aus Agrarprodukten bestand. Das ist keineswegs der Fall. Gerade in Ländern, in denen landwirtschaftliche Produkte eine verhältnismäßig wichtige Rolle auf dem Großhandelsmarkt spielen, wie in den Vereinigten Staaten und Deutschland, sind die Preise weniger gesunken als zum Beispiel in Großbritannien und Belgien, wo landwirtschaftliche Produkte eine geringere Rolle spielen und man eine besonders geringe Preisenkung hätte erwarten können.

Es sind also andere Faktoren für die Preisbestimmung maßgebend gewesen als allgemeine internationale Preisstendenzen. Was heißt das? Soll es bedeuten, daß die Höhe der Preise nicht die Preishöhe bestimmt, und wie kann das sein? Wir müssen zunächst zwischen dem Inlandspreis und dem Weltmarktpreis unterscheiden; dann können wir feststellen, daß die Tendenz der Preise in den einzelnen Ländern nicht unbedingt mit der Tendenz der Preise auf dem Weltmarkt übereinstimmt und umgekehrt. Wenn zum Beispiel die Preise von landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt sinken, so braucht das nicht zu bedeuten, daß die Mehrzahl der zu Großhandelspreisen

gehandelten landwirtschaftlichen Produkte zu niedrigeren Großhandelspreisen in den einzelnen Inländern abgesetzt wird. So stand zum Beispiel der Weltmarktpreis für Weizen in der letzten Juni-Woche 1929 auf etwa 213 M. pro Tonne, während märkischer Weizen etwa 11 M. höher war; ein Jahr später war der Weltmarktpreis für Weizen, das heißt der Preis, zu dem die Mehrzahl aller produzierten Weizens auf dem Weltmarkt verkauft wurde, um etwa 25 % gesunken, während märkischer Weizen um etwa ein Drittel gestiegen war. Dem Preis für märkischen Weizen aber entsprach ungefähr der Preis für den gesamten im Inland verkauften Weizen, das heißt, auch der Preis des auf dem Weltmarkt so außerordentlich gesunkenen Weizens. Wir können uns nun leicht vorstellen, daß die Mehrzahl aller Weizen konsumierenden Länder zum Schutze ihrer recht unbedeutenden Heimlandwirtschaft die Weizenzölle hoch schraubt, daß der Hauptteil alles zu Großhandelspreisen verkauften Weizens im Inland zu steigenden Preisen verkauft wird, während der Weizen auf dem Weltmarkt zu sinkenden Preisen gehandelt wird. In diesem Falle also würde der Durchschnittsgroßhandelspreis des in den „Inländern“ verkauften Weizens, das heißt der Durchschnitt des welt-nationalen Weizengroßhandelspreises steigen, während der Durchschnitt des internationalen Weizengroßhandelspreises sinken würde.

Umgekehrt kann auch der welt-nationale Preis einer Ware sinken, während der internationale Großhandelspreis steigt. Nehmen wir zunächst als Einzelfall die Tatsache, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie ihre Produkte auf dem Weltmarkt zum Teil billiger verkauft als im Inland; und erweitern wir diesen Fall so, daß sich die vier größten Eisen und Stahl produzierenden Länder zusammenschließen, um die gleichen, aber nicht so starken Industrien in den anderen Ländern durch Unterbieten zu zerstören, während sie sich durch hohe Inlandspreise schadlos halten. Wenn man unter Weltmarkt den Markt des Landes oder der Länder versteht, auf dem die großen Exportländer ihre Waren handeln, so würde man unter Weltmarkt den dauernd leurer werdenden Inlandsmarkt der vier großen Industrieländer verstehen, während man unter welt-nationalen Märkten die kleinen Märkte aller anderen Länder der Welt verstehen würde, auf denen die vier großen Industrieländer ihre dauernd billiger werdenden Waren ausbieten. In diesem Falle hätten wir also auf dem Weltmarkt eine steigende Preisstendenz und auf den welt-nationalen Märkten eine sinkende.

Beide Tendenzen gehen nun heute durcheinander. Deutschland verkauft als Exportland einen Teil seiner Eisen- und Stahlwaren billiger auf fremden nationalen Märkten als an das Inland, und es kauft als Importland Weizen über Weltmarktpreis. In anderen Ländern liegt die Sachlage ganz ähnlich. Das Entscheidende aber ist: wie gleichen sich die verschiedenen Tendenzen gegeneinander aus? Profitiert Deutschland von den billigeren Verkaufspreisen anderer Länder mehr, als es durch teure Inlandspreise für andere Waren verliert oder umgekehrt? Wir müssen feststellen: Deutschland verliert letztlich. Sein Gesamtgroßhandelspreis scheint weniger zu sinken als der Durchschnitt des welt-nationalen (nicht: internationalen Weltmarkt-) Großhandelspreises.

Um dieser Sachlage abzuhelfen, gibt es zwei Wege, die beide gleichzeitig beschritten werden sollten: Einmal müssen diejenigen hohen Inlandspreise, die nur dazu da sind, um die Verluste von Unterbietungen im Ausland zu decken, wenigstens teilweise abgebaut werden; und sodann sollten wir den Schutz einiger Industrien und Gewerbe fallen lassen, die Zölle abschaffen, die betroffenen Arbeiter anderweitig beschäftigen, und so dem Ausland einen Markt im Inland öffnen, auf dem es sich gegenseitig unterbieten kann, während wir davon den Vorteil haben.

Aus Unternehmerkreisen

Wiesbaden. Der 15. Deutsche Maler tag fand dieses Jahr im befreiten Wiesbaden statt. Die Malerwoche, vom 18. bis 28. August, ging jedem Teilnehmer rasch vorüber. Es waren schöne, festliche Tage. Vorträge, Versammlungen, Spaziergänge, ein großes Gartenfest im Kurhaus mit Konzert und Feuerwerk, eine Rheinfahrt bis Koblenz, eine Fahrt in den Rheingau boten reichste Abwechslung. Reich besucht wurde die Fachschau und Fachschulausstellung, in der vorwiegend die Produkte der Lack- und Farbenfabriken gezeigt wurden. Das stärkste Interesse erweckten die Decotric-Apparate (Hamburg), die praktisch vorgeführt wurden, Anstrichwalzen, mit denen gleichzeitig mehrere Farben aufgetragen werden können, und zwar ohne jeden vorherigen Anstrich. Die verschiedenen Farböne werden innerhalb des Decotric in feiner Weise ineinandergehend vermischt und ergeben dadurch auf der Wand fein changierte Farbabsfärbungen. Durch Verreiben mit einer Deckenbürste, vertikal, horizontal oder schräg und durch alle möglichen anderen Dinge, lassen sich weitere wunder-volle Effekte erzielen. Eine vorzügliche Ergänzung der im Decotric Apparat liegenden Wirkungsmöglichkeiten bietet sich in dem Linierapparat. Man kann mit demselben Linien von zwei Millimeter Feinheit in der Geschwindigkeit ziehen, wie man etwa einen Bleistiftstrich macht. Ueberdies gibt der Apparat die denkbar verschiedensten Muster, je nach Walzeneinsatz. Vortrefflichen Eindruck machte die Kabine des Verlags Callwen, München, mit der Ausstellung von zahlreichen technischen Buchwerken. Unerfreulich rückständig wirkte der größte Teil der Werbeblätter der Fabriken. Wie kommt es, daß die Fabriken ihre Reklame nicht modernisieren? Diese Lackbüchsen und überlaufenden Leimfiegel und Radfahrer oder gar der nackte Knabe, der dem Storch die Beine anstreicht, das sind Scheußlichkeiten, mit denen man heutzutage verächtelt werden möchte. Man kann in derselben Zeit auch etwas Schöneres machen. Lob verdient

Wählt Sozialdemokraten!

der Katalog, mit einem sehr guten einfarbigen Aufschlag von K. Seibel und einem eingeleiteten reichillustrierten Heft über Methoden, das jeder sich gern zur Erinnerung an den Deutschen Malertag am Rhein aufheben wird. M. E.

Aus unserm Beruf

Halberstadt. Im "Maler" Nr. 34 befindet sich ein Schriftsatz über die Bemühungen der Arbeiterkammer Bremen, bei großen Aufträgen des Staates bzw. der Kommunen und an sich überhaupt den Mißbrauch der Lehrlinge und der billigen Kräfte auszuschalten.

Diese Anregungen verdienen es, daß ihnen überall mit höchstem Nachdruck nachgeeeifert wird.

Es sind durchaus keine Einzelfälle, daß Unternehmer große Aufträge nur mit Lehrlingen, ihren Söhnen und ungelerten Kräfte fertigtellen, dieweil das Heer der erwerbslosen Facharbeiter zusehen darf. Dazu kommen dann die Ueberarbeitszeiten.

Wir könnten hier in Halberstadt oft beobachten, daß große Aufträge dem Arbeitsmarkt keine Entlastung brachten.

Wir richteten deshalb am 22. März 1930 an den Magistrat der Stadt Halberstadt eine Eingabe, in der wir die Mißstände schilderten und forderten, daß bei städtischen Arbeiten ein strenges Ueberstundenverbot erlassen werden sollte. Ferner, daß bei kommunalen Arbeiten nur ortsansässige Gehilfen beschäftigt werden dürfen. Dies war notwendig, weil die organisationsfeindlichen Arbeitgeber dauernd unorganisierte Kräfte von außen holten und unsere Verbandskollegen das Wohlfahrtsamt bedrückten. Außerdem forderten wir eine starke Einschränkung der Lehrlinge bei solchen Arbeiten. In der Antwort vom 8. Mai versprach der Magistrat den Forderungen Rechnung zu tragen. Tatsächlich sind in den Submissionen die Bedingungen nunmehr im Sinne unserer Forderungen eingeleitet.

Es dürfen also nur Halberstädter beschäftigt werden, auf je drei Gehilfen nur ein Lehrling, Ueberstunden sind verboten. Um aber dem Wachsen der ungelerten Kräfte Einhalt zu tun, forderten wir, alle kommunalen Arbeiten nach Pfingsten verrichten zu lassen, damit die gelerten Kräfte vor Pfingsten in der Privatarbeit genügen. Auch dieser Forderung wurde entsprochen.

Aber auch die großen Baugenossenschaften wurden mit denselben Forderungen bearbeitet. Denn, was nützt es schon der Arbeiterkraft, wenn die Arbeiterorganisationen wie Volksfürsorge, Arbeiterbank usw., wenn Invalidenversicherung und andere Einrichtungen billiges Geld, Arbeitergeld, hergeben zur Belebung des Baumarcktes, wenn dann, sobald diese Gelder bewilligt sind, die organisierten Arbeiter weder ohne diese Gelder bei der Verwendung dieser Gelder haben. Dienen doch diese Gelder meist zum Bau von Mittelhandwohnungen. Arbeitergeld ist es, wovon heute so mancher arbeitserfeindliche Handwerksmeister lebt, denn ohne diese Arbeitergelder käme es oft genug nicht zum Bauen. Und diese Erwägungen waren es, die uns bewogen, auch den Baugenossenschaften die Forderungen zu unterbreiten. Und auch hier war der Erfolg. Alle Submissionen enthalten schriftlich unsere Forderungen gleich vorn am Kopf. Da aber die schönste Abmachung nichts nützt, wenn die Kollegen nicht anpassen, und sich die Arbeit formehmen lassen, heißt es, auf dem Posten sein. Also die Mitarbeit der Kollegenschaft ist dabei sehr wichtig. G. a. D a z e r f.

Berufsunfälle

Hamburg. Der Kollege Paul Stoldt wurde am 27. August 1930 auf dem Wege zur Arbeit von einem Auto angefahren und mußte einem Krankenhaus zugeführt werden.

Baugewerbliches

Aus dem Jahresbericht 1929 der Hamburgischen Bauberufsgenossenschaft.

Die Hamburgische Bauberufsgenossenschaft umfaßt fünf Sektionen mit dem Sitz in Hamburg, Lübeck, Kiel, Flensburg und Schwerin. Die kleinste Sektion ist die in Flensburg mit einer versicherten Lohnsumme von 8 874 275 M., während die Sektion Hamburg als größte eine Lohnsumme in Höhe von 114 233 287 M. aufweist. Nach der Umrechnung des Vorstandes der Genossenschaft und unter Zugrundelegung von 220 Arbeitstagen kommen bei einer nachgewiesenen Lohnsumme von 193 642 255 M. für alle fünf Sektionen rund 89 000 versicherte Personen in Frage. Die so errechnete Zahl scheint aber reichlich ansehbar, weil nach der Lohnsumme umgerechnet jeder Versicherte im Jahre 1929 ein Einkommen von 2 175 M. aufzuweisen hätte. Daß dieses Durchschnittseinkommen (inkl. 10 000 Lehrlinge) längst nicht erreicht wurde bei durchschnittlich 35 Wochen Arbeit, ist bei Berücksichtigung der festgelegten Löhne ohne weiteres erklärlich. Selbst bei Miteinrechnung der zirka 12 000 Betriebsinhaber, die mitversichert sind und ein höheres Einkommen aufweisen, bleibt die angegebene Gesamtzahl der Versicherten hinter der Wirklichkeit zurück. Schon bei Ermäßigung des Durchschnittseinkommens auf 2000 M. pro Versicherten steigt die Zahl der Versicherten auf 96 500; wir neigen deshalb zu der Ansicht, daß mindestens 100 000 Versicherte durch die fünf Sektionen der Genossenschaft erfasst werden.

Bei Zugrundelegung der genossenschaftlichen Berechnungszahl entfallen Versicherte auf

Hamburg	Lübeck	Kiel	Flensburg	Schwerin
44 444	9762	13 706	4469	16 596

Dazu kommen noch rund 1100 Personen, die durch die Regiebetriebe bei der Genossenschaft versichert sind.

Der Bericht stellt dann aber eine sehr betrübliche Tatsache fest: nämlich eine dauernde Steigerung der Unfälle.

Ungefragt . . .

Ungefragt hineingehtoren hat man dich in dieses Leben, man hat dir das Fell geschoren, Nackenschläge zugegeben.

Ungefragt hat man zum Rechte dich gemacht für fremde Herren, hat beschnitten dir die Rechte, statt dir welche zu gewähren.

Noch um Arbeit zu bekommen, sollst du deinen Rücken biegen vor den Herren, denn willkommen bist du ihnen nur zum Kriechen.

Aber, wenn dann Wahlsparolen ihre Herrschaft untergraben, möchten sie, die dich besohlen, auch noch deine Stimme haben.

Du jedoch, der stets geschlagen, schlägst sie wieder bei den Wahlen, willst du selbst dein Schicksal tragen: Wähle keine krummen Zahlen!

Nur die Eins ist so gerade, wie du geh'n willst durch das Leben, wähle sie und keine Gnade wird es für die Herren geben!

Erich Grijar.

Die Zahlen über gemeldete Unfälle sind folgende:

Im Jahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929
Unfälle	2625	3927	5161	7016	7998	7931

Von diesen gemeldeten Unfällen entfallen in den letzten vier Jahren jeweils 4,46 % auf Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte. Außer diesen Unfällen wurden 17 Meldungen über Berufskrankheiten gemacht, wovon nur sieben als entschädigungspflichtig anerkannt wurden. Drei Meldungen betrafen Verarbeitungen von Blei in Bäckereien, 13 Meldungen beruhten auf Erkranckung bei Verarbeitung von Bleiweiß in Malereibetrieben und eine betraf schwere Staublungenkrankung.

Die nach der Aufstellung der Genossenschaft rund 90 000 Versicherten wurden von 16 333 Betrieben (im Vorjahr 16 975 mit 85 396 Versicherten) gemeldet. Von den 7931 Unfallmeldungen wurden bis zum Jahreschluss nur 390 als entschädigungspflichtig anerkannt. Von hundert Versicherten erlitten rund 8,9 einen Unfall, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 0,5. Im Jahre 1929 endeten 38 Unfälle tödlich (i. V. 50). Die Prozentziffer der tödlichen Unfälle beträgt 0,42 (i. V. 0,52).

Ueber die Art der Unfälle ist für das Berichtsjahr noch nichts verzeichnet. Wenn man aber die Berichterstattung vom Jahre 1928 mit heranzieht, dann entfallen rund ein Viertel der Unfälle auf Fall oder Sturz von Personen, ein Fünftel auf Verletzungen durch spitze oder kantige Gegenstände, ein Fünftel auf Unfälle beim Transport von Gegenständen und ein Siebtel auf Unfälle durch Zusammenstoß, Einfall, Herab- und Umschlagen von Gegenständen. Der Rest umfaßt rund ein Fünftel der Unfälle in 15 verschiedenen Bezeichnungen.

Der Bericht stellt nur eine geringfügige Steigerung der gemeldeten Unfälle fest. Dabei sei aber besonders hervorgehoben, daß die Zahl der tödlichen Unfälle zum Glück abgenommen hat. Ueber die Ursachen oder die Schuld sagt der Bericht, daß sie die dieselben sind wie in früheren Berichtsjahren schon festgestellt sei, und wörtlich heißt es dann:

Ein großer Teil von Betriebsunfällen ist wieder auf unglückliche Zufälle und auf die allgemeinen Gefahren im Bauhandwerk zurückzuführen. Dazu gesellen sich Unachtsamkeit, Leichtsinn, Ungeschicklichkeit und zum erheblichen Teil auch die Abstumpfung gegen die Gefahr bei den Versicherten. Durch Alkoholmißbrauch sind Unfälle nicht entstanden!

Diese letzte Feststellung ist von besonderem Werte. Jahrzehntlang klingt es in allen Berichten der Unternehmerpresse wider, daß der Alkoholmißbrauch schuld an so vielen Unfällen gewesen sei. Es ist erfreulich, konstatieren zu können, wenn heute im Bericht einer großen Berufsgenossenschaft das Gegenteil festgestellt wird.

Ansehbar sind die sonst angeführten Gründe für die Häufigkeit der Unfälle im Betriebe. Die wichtigsten Gründe für die Steigerung der Unfälle werden im Bericht nicht erwähnt, und zwar die immer mehr steigende Benutzung von Maschinen im Bauhandwerk; die steigende Intensität der Arbeitsleistung und die häufige Heranziehung und Beschäftigung berufsfremder Arbeiter. Würden die Unternehmer weniger berufsfremde, desto mehr aber eingearbeitete Arbeitskräfte heranziehen, die Zahl der Unfälle würde sich sicher merklich senken.

Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ist um einen auf zehn erhöht worden. Dadurch konnten die Betriebsbesichtigungen von 15 918 auf 17 645 gesteigert werden. Bei diesen Betriebsbesichtigungen wurden durch die technischen Aufsichtsbeamten dieselben Mängel festgestellt, die auch durch die Ueberholung der Bauten durch Funktionäre der Bauarbeiterchulskommission der baugewerblichen Verbände jährlich festgestellt werden.

Die Feststellungen über Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften werden sich täglich immer wiederholen, solange Berufsgenossenschaft und Baupolizei nicht erheblich höhere Geldstrafen dem Unternehmer, bei dem solche Verstöße festgestellt werden, auferlegen. Aber auch der Bauarbeiter, der die Unfallverhütungsvorschriften außer acht läßt, muß im Wiederholungsfalle unnaheichtlich bestraft werden, weil durch sein Verhalten ja nicht nur er, sondern auch seine Mitarbeiter gefährdet werden.

Aus dem Inhalt des Jahresberichts ergibt sich eine sehr verbesserte Stellungnahme der Berufsgenossenschaft zu den

Dingen, die sie im eigenen Interesse zu vertreten hat. Ihre objektivere Stellungnahme gegen früher soll anerkannt werden. Das berechtigt zu der Hoffnung, daß der Unfallschutz immer größere Beachtung finden wird, auch in den Kreisen, die diesen Dingen sonst ohne Interesse gegenüberstehen. Aber alle Vorschriften, alle Anordnungen und Verordnungen über bessere Unfallschutz bleiben zum größten Teil wirkungslos, wenn nicht der Bauarbeiter selbst durch Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften die Unfallgefahr zu bannen sucht. Zahlen beweisen, und die 7931 Unfälle im Jahre 1929 dürften das Höchstmaß des Erträglichsten auf diesem Gebiet bedenklich überschreiten.

Bauarbeiter, deshalb Augen auf bei der Arbeit!

Gewerkschaftliches

Jugendleiter-Lehrgang des DGB. in der Bundeschule zu Bernau.

In der Zeit vom 13. bis 26. Juli dieses Jahres fand in der Bundeschule ein Jugendleiter-Lehrgang statt, der einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Dazu hat die Schule selbst, die nach den modernsten pädagogischen und schuliswissenschaftlichen Gesichtspunkten gebaut wurde, sicher ihr Teil beigetragen. Sie steht auf einer Lichtung von zirka 30 Morgen, die rings von Nadelwald umgeben ist. Unter dem Motto: Licht, Luft und Sonne, sind die Wohn- und Lehrräume einfach, aber äußerst praktisch eingerichtet. Für Sport- und Körperpflege ist glänzend gesorgt, so sind eine Turnhalle, ein Sportplatz mit Laufbahn, Schwimmbecken, Brause- und Wannenbäder vorhanden. In einer guten Bibliothek mit Leseraum können sich die Schüler geistig weiterbilden. Speisesaal, Aula und Aufenthaltsräume sind ebenso zweckmäßig als ansprechend eingerichtet. In einer vorbildlich ausgestatteten Küche wird für das leibliche Wohl der Schüler gesorgt.

Am Jugendleiter-Lehrgang nahmen 36 Jugendleiter von 20 Organisationen teil, von unserm Verband die beiden Unterzeichneten. Im Lehrgang wurden die Gebiete behandelt, die dem Jugendleiter in seiner Tätigkeit besonders wichtig erscheinen müssen. Von den Themen nennen wir: Gewerkschaft und Jugend, Die deutschen Jugendverbände, Der junge Arbeiter, seine Umwelt und seine Bildungsmöglichkeiten, Die Arbeitersportbewegung, Lehrlingsrecht, Gesellschaftlicher Jugendschutz, Die Jugend in der Sozialversicherung, Sprechchor, Latenspiel, Proletarische Festgestaltung, Spielereübungen, Freizeitkultur, Arbeiterbildung, Die sozialen Räte der Jugend usw. Alle Lehrkräfte boten das Beste. Einzelne Themen wurden in Arbeitsgemeinschaften erörtert. Der Leiter des Lehrgangs war M a s c h e vom Jugendsekretariat des DGB. Lehrer und Schüler waren stets befreit, sich durch anregendes Zusammenarbeiten zu ergänzen, beziehungsweise das beste Resultat der Schulungswochen zu erzielen.

Eine Besichtigung von Berlin mit anschließender Erläuterung der örtlichen Berliner Jugendarbeit gaben uns Einblick in das Leben einer größeren Jugendgruppe und ihre vielseitige Betätigung. Die Abschlussfeier in der Aula, die alle Kollegen vereinte, beendete gleichzeitig drei Lehrgänge, die nebeneinander in der Bundeschule abgehalten wurden.

Näge die Schule in Bernau dazu beitragen, bei allen Schülern den Willen zu stärken, ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung zu setzen und sie so zu schulen, daß sie zu künftigen großen Aufgaben fähig sind.

Und nun auf zur Arbeit, zum Wohle der Gewerkschaft sowie der gesamten Arbeiterbewegung.

Friß D e n t l e r, Erfurt. Louis B a l l w e g Kassel.

Der Verbandstag der Metallarbeiter

tagte vom 18. bis 23. August 1930 in Berlin. Der Begrüßungsabend im Sportpalast war für alle Teilnehmer ein Ereignis. Waren doch an die 15 000 Personen in diesem riesigen Raum versammelt, um der feierlichen Begrüßung der Generalversammlung beizuwohnen. Die Tagung des Verbandstages fand im Saal der Kroll-Oper statt. Der zweite Vorsitzende Reichel eröffnete den Verbandstag und begrüßte die Delegierten und Gäste. Der Vorsitzende des DGB, Kollege Leipzig, der zum erstenmal nach seiner langen Krankheit in der Öffentlichkeit auftrat, blieb den Verband im Namen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes willkommen. Er beglückwünschte den DGB, zu seinem großartigen Aufstieg und zu dem neuen Verbandshaus. Den Bericht des Vorstandes erstattete der Verbandsvorsitzende Brandes. Er wies auf die große Arbeitslosenzahl hin, die besonders die Metallarbeiter so hart betroffen hat. Trotz den Hemmnissen, die einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik entgegenstanden, konnte der Verband seinen Aufstieg fortsetzen. Er zählt heute rund 950 000 Mitglieder. Schwere Kämpfe hatte der Metallarbeiterverband in der Berichtsperiode durchzuführen. Wir erinnern nur an die Aussperrung in der Nordwestgruppe und an den Kampf der Werftarbeiter. Das Treiben der Kommunisten, das besonders im DGB sichtbar ist, wurde von Brandes ins rechte Licht gerückt. Wie sehr der Einfluß dieser Elemente im Verband zurückgegangen ist, zeigt die Tatsache, daß auf dem Verbandstag nur ein halbes Duzend Oppositionelle und noch dazu Brandlerianer anwesend waren. Der Hauptkassierer Schäfer berichtete von der guten Entwicklung der Kassenvverhältnisse. Wie der DGB von der Wirtschaftskrise mitgenommen wird, ist daraus ersichtlich, daß 1929 für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung 22 Millionen Mark ausgegeben wurden. Für die gleichen Unterstützungszweige kamen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits 17 Millionen Mark zur Auszahlung. Den Bericht der Schriftleitung gab K u m m e r. Er konnte mit einem gewissen Stolz den erfolgreichen Ausbau der "Metallarbeiter-Zeitung" seit dem letzten Verbandstag erwähnen. Ein Blatt von einer Million Auflage ist ein erzieherisches und bildendes Mittel von hohem Wert. Es muß selbst das Vorbild schaffen und selbst Vorbild sein. Diesem Vorjahr habe die Schriftleitung nachgeeeifert. Die Aussprache war eine sehr ausgiebige. Mit seltener Einmütigkeit stimmten die Kollegen aus dem Lande der Arbeit des Verbandsvorstandes zu. Aus den Reden der Delegierten konnte man aber auch entnehmen, wie eine erfolgreiche

Verbandsarbeit durch die Wirtschaftskrise behindert wird. Im weiteren Verlauf des Verbandstages sprach der Sekretär des Hauptvorstandes, Schlieffed, über „Die Wandlungen in der Weltwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie“. In der dazu angenommenen Entschließung heißt es unter anderem: „Wenn trotz des Warenüberflusses und gesteigerter Erzeugungsmöglichkeit Millionen arbeitswilliger Menschen Not und Hunger leiden, so liegt die Ursache dieses Widerspruchs in der längst überholten privatwirtschaftlichen Grundlage der Wirtschaft. Die Lösung dieses Widerspruchs kann nur in der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsform und der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft gefunden werden.“ Neben der Erörterung solcher grundlegenden Fragen wurde auch ersprießliche Organisationsarbeit geleistet. Tagen doch rund 300 Anträge dem Verbandstag vor. Vorsitzender Reichel schloß den Verbandstag mit dem Gelöbniß, daß der D.M.V. in derselben konsequenten Weise wie bisher zum Wohl seiner Mitglieder tätig sein werde.

Die Lage des Arbeitsmarktes gestaltet sich weiter ungünstig

In der ersten Augusthälfte hat die Zahl der Arbeitslosen um 80 000 zugenommen, sie stieg somit auf rund 2 845 000. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung hat einen Rückgang von 3000 auf 1 495 000 erfahren. Demgegenüber hat die Krisenunterstützung einen Zuwachs von rund 17 000 Unterstützungsempfängern auf über 420 000 zu verzeichnen. Somit werden insgesamt 1 915 000 Arbeitslose unterstützt. Zieht man diese Ziffer von der Zahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitslosen ab, so ergibt sich, daß 730 000 Arbeitslose ohne Unterstützung sind. Der diesmal verzeichnete Rückgang bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung erklärt sich nur daraus, daß zahlreiche Arbeitslose aus gesteuert waren und keine Unterstützungsansprüche mehr stellen können. Nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch Feierlichkeiten und Kurzarbeit haben zugenommen. Eine sichtbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung war noch nicht zu verzeichnen.

Sozialpolitisches

Auch der Deutsche Arbeiterfängerbund fördert den Sozialismus und kämpft für das Recht auf Arbeit und Freiheit!

Menschen, die durch Arbeitslosigkeit, Nahrungs- und Kleidungsorgen, Wohnungsnot und Krankheit jede Freude am Leben verlieren, werden nie den inneren Drang zum Singen verspüren. So liegt in dem erfolgreich geführten Kampfe der proletarischen Organisationen (Gewerkschaft, Genossenschaft, Partei) die Garantie für die Entwicklung des Chorgefanges.

Diese Feststellung muß zu der für den Wahlkampf wichtigen Schlussfolgerung führen, daß die Parteien, die eine Verschlechterung der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Löhne, des Urlaubs auch im parlamentarischen Kampf erstreben, für die Pflege des Chorgefanges nichts übrig haben.

Sämtliche bürgerliche Parteien erbrachten in den letzten Monaten den Beweis, daß ihnen die Hebung der Lebenslage des Proletariats noch nicht einmal aus faktischen Gründen notwendig erscheint. Selbst das angeblich vom christlichen Geist durchsetzte Zentrum macht dabei keine Ausnahme. Man sieht: Kampf gegen das Proletariat — oberstes Gesetz der bürgerlichen Klasse!

Nur im Sozialismus sind die Gesetze verankert, die allen Menschen das Recht auf Lebenssicherheit gewähren. Diese Tatsache verlangt:

Bekanntnis zum Sozialismus!

Die bürgerlichen Sänger stehen — leider auch die darin vertretenen Arbeiter — einer solchen Erkenntnis fern. Sie wollen nicht sehen, wie erst durch die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen, die nach dem Kriege geschaffen wurden, das Interesse für den Chorgefang gehoben werden konnte. Sie wollen nicht erkennen, daß das Lied nur sein kann, wo Menschen nicht erdrückt werden von der Sorge um den Alltag. Sie glauben immer noch an die Phrase vom „neutralen Lied“.

Wollt Ihr dem Chorgefang die gesellschaftspolitische Stärke geben, dann tretet ein für eine Erweiterung der Macht der Sozialisten.

Der kommende Reichstag muß die Stärkung der sozialistischen Front bringen!

Kein Sänger oder Sportler, keine Sängerin oder Sportlerin bleibe der Wahlurne fern. Stellt Euch in den Dienst der Aufklärung der Wählermassen im Sinne der sozialen Idee. So schafft ihr das Fundament für eine ungebrochene Entwicklung unserer Bestrebungen. kh.

Reinbauwohnungen und Mieten

Die Wohnungsnot hält an. Die in den letzten Jahren gebauten Wohnungen sind für die Arbeiter und Angestellten vielfach nicht beziehbar, weil sie zu teuer sind. Nach den Feststellungen der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. betragen die Mieten für Reinbauwohnungen, die mit Haus-

Billige Bücher.

Sonderangebot zu herabgesetzten Preisen für unsere Mitglieder.

Bürgerliches Gesetzbuch	geb.	3,25
mit Nebengesetzen	"	11,—
Zivilprozessordnung	"	2,50
mit Nebengesetzen	"	5,40
Reichsversicherungsordnung	"	2,40
Gewerbeordnung	"	2,20
mit Nebengesetzen	"	5,—
Gesetz über Arbeitsvermittlung	"	1,—
Angestelltenversicherungsgesetz	"	1,—
Strafgesetzbuch	"	1,20
Hoenigers Arbeitsrecht	"	5,60
Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band 1	"	13,—
" " " " " 2	"	22,—
Betriebsrätegesetz (Kommentar Feig-Sihler)	"	5,—
Das Schlichtungswesen	br.	1,—
Schlichtungsordnung	geb.	9,—
Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung (Körpel)	"	2,50
Reichsverfassung	"	0,90
Geschichte der politischen Parteien	br.	2,50

vom Verlag Fachblatt der Maler Hamburg 36, Alster-Terrasse 10 oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

jinssteuer und Zusagehypotheken gebaut sind: eine 1 1/2-Zimmer-Wohnung zwischen 60 und 68 M eine 2-Zimmer-Wohnung zwischen 67 und 83 M monatlich usw. Ohne Zusagehypotheken gebaute Wohnungen stellen sich noch teurer. Schon ein einfacher Ueberschlag macht klar, daß solche Mieten von der Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten nicht bezahlt werden können. Nach einer Feststellung des Hamburger Statistischen Landesamtes können für 81,3% der Wohnungsuchenden in Hamburg nur Mieten bis 600 M oder 50 M monatlich in Frage kommen. Nach einer Berechnung der Bank beträgt der Anteil der Miete für Neubauwohnungen, die mit Zusagehypotheken gebaut sind, in Berlin bei Angestelltenhaushaltungen von 19 bis 28% am Höchsteinkommen; bei Arbeiterhaushaltungen von 18,7 bis 32,6% am Höchsteinkommen. Es braucht nicht ausgeführt zu werden, daß es einem Arbeiter unmöglich ist, das Drittel seines Einkommens für Wohnungsmieten auszugeben. Deshalb kann man der Bau- und Bodenbank zustimmen, wenn sie schreibt: „Es müßten Mieten zwischen 25 und 45 M erreicht werden, um die notwendige Nachfrage nach Wohnungen in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung wieder herzustellen.“ Sonach ergibt sich die Notwendigkeit, die Kosten für den Wohnungsbau ganz erheblich zu drücken. Die Bau- und Bodenbank empfiehlt Wohnungen von einfacher Ausstattung. Damit soll wohl gemeint sein, daß das Badzimmer und ähnliche Einrichtungen fortfallen sollen. Es wäre tief bedauerlich, wenn Neubauwohnungen in der Zukunft solche hygienischen Einrichtungen entbehren müßten. Nach unserer Meinung müßte der Hebel wo anders angelegt werden. Ersparnisse müssen sich in der Verbilligung der Baukosten zeigen, in der Verkürzung der Bauzeit, in der Herabsetzung amtlicher Gebühren und der sonstigen Nebenkosten ergeben. Eine weitere Verbilligung der Zinsläge würde ebenfalls sehr wesentlich zur Verbilligung der Bauten beitragen. Hier liegen die Probleme, deren Lösung von allen in Frage kommenden Stellen versucht werden müßte.

Handtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Erteilte Patente Kl. 75 c. 507 706. Vorrichtung zum Abstreifen der Farbreste aus Pinseln. Rudolf Oheim, Freiburg i. Br., Landknechtstraße 16.

Kl. 80 b. 506 928. Verfahren zur Herstellung von Kittmehlen. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.

Gebrauchsmuster Kl. 54 g 1 133 480. Musterkarte für Lackierbetriebe. Fröschler & Hagler, Stuttgart, Ludwigsburgerstraße 21.

Kl. 70 d. 1 133 798. Klebstoffbehälter. Firma Eduard Beyer, Chemnitz, Beyerstraße 21.

Angemeldete Patente Kl. 75 c. M. 111 339. Handapparat zum Drucken von Holzmaserungen, Mafa G. m. b. H., zur Herstellung künstlicher Oberflächen. Berlin NW 40, Alexanderufer 4.

Kl. 22 h. J. 28 395. Lösungsmittel für Lacke. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.

Kl. 33 h. J. 32 172. Verfahren zur Herstellung von gut verlaufenden hochglänzenden Lacken. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.

Kl. 22 h. J. 28 583. Verfahren zur Herstellung leuchtender, klarer, transparenter Japanlacke. J. G. Farbenindustrie Akt.-Ges., Frankfurt a. M.

Kl. 75 c. M. 112 361. Malverfahren mit Kreide. Martin Müller, Potsdam, Mollkestraße 41.

Fachliteratur

So lernt du Schrift zeichnen! Eine Anweisung zum Selbstunterricht für Maler und alle Schrift anwendende Gewerbe sowie für Berufs- und Fachschulen. Von Julius Wenzel, Schriftmaler. Mit 12 Schriftentafeln und einer Anzahl in den Text gedruckter

Vergleichsbeispiele. Preis 4 M. Verlag von Jüstel & Stöfel, Leipzig.

Im gewerblichen Leben mit Hilfe von Elementarkenntnissen eine brauchbare Schrift zustande zu bringen, ist die Aufgabe des vorliegenden Buches; es will Lehrer und Führer sein durch die Anfangsgründe des Schriftzeichnens. In klarer und leichtfasslicher Weise und an Hand zahlreicher guter und schlechter Beispiele zeigt der Autor das „richtige“ Schriftzeichnen. Aus der Praxis heraus ist das Werkchen für den praktischen Gebrauch geschrieben. Der Leser wird mit den Eigenheiten der verschiedenen Schriftarten, die als Tafeln dem Buche beiliegen, vertraut gemacht. Damit ist die Gewähr gegeben, daß jeder, auch der ältere Berufsangehörige, bei fleißigem Selbststudium einen Grad von Vollkommenheit erreicht, um alle Arten von Schriftzeichnungen ausführen zu können.

Der mäßige Preis von 4 M. ermöglicht jedem Berufskollegen die Anschaffung des empfehlenswerten Werkes. Auch in Schulen und Lehranstalten wird das Buch als Unterrichtsgrundlage gute Dienste leisten.

Literarisches

Die soeben erschienene Nummer 17 der kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“ bringt unter anderem folgende Artikel: Dem 14. September entgegen: Zur Reform des öffentlichen Gesundheitswesens: Die Beratungsstelle als neue Kontrolle für Inlandanleihen der Gemeinden; Die Aufgaben unserer gewerblichen Berufsschule; Reichsgerichtsursprüche und Stadtschulung; Unter der Rubrik Land- und Kleingemeyden wird unter anderem die Tätigkeit der Gemeinden bei der Reichstagswahl behandelt. Der Leiter der Agrarpolitischen Zentralkasse, Dr. A. Elpicht, behandelt das Thema „Landflucht — Stehlung — Großgrundbesitz“. Die Landgemeyden und Bau bringt wieder Berichte über die verschiedensten Themen. Die soziale und politische Lage behandelt unter anderem folgende Rubriken: Rechtsprechung, Finanzen, Steuern, Wohnungs- und Steuerverwesen, allgemeine Fürsorge. Bestellpreis 50 S. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Volksbuchhandlungen und der Verlag F. S. W. Dies Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, entgegen.

Der schillernde Marxismus. Von Karl Abramowitsch. Hauptproblem der Soziologie. (Probleme marxistischer Lebenserkenntnis.) Verlaganstalt „Courier“, G. m. b. H., Berlin SO 16. Preis kart. 5 M. In dem vorliegenden Werk des bekannten Verfassers wird jedes Problem von Grund auf behandelt. Seine Darlegung der Verhältnisse von Soziologie zu Marxismus, seine grundlegende soziologische Untersuchung der menschlichen Psyche, seine Abhandlung über Kultur und der von ihm formulierte soziologische Wertbegriff, die soziologische Analyse von Revolution, Demokratie und Diktatur, die Untersuchung des Wesens von Nationalität, die Charakteristik von Nationalismus und Internationalismus und seine Begriffsbestimmung der Weltlichkeit von Erziehung und Schule — alles zeigt uns hier die einheitliche, klare und große Linie, die produktive Methode, mit der der Verfasser die bunte Welt der menschlichen Lebens- und Erkenntnisprobleme zu meistern versteht. Jedem denkenden Sozialisten und Gewerkschafter wird das Buch von hohem Werte sein. Es darf auch in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Vom 8. Sept. bis 14. Sept. ist die 37. Beitragswoche, Vom 15. Sept. bis 21. Sept. ist die 38. Beitragswoche.

Stirbt!

Dresden. Am 18. August starb unser Kollege Ernst Schulze im Alter von 55 Jahren an Lungentuberkulose.

Leipzig. Am 31. August starb unser langjähriges Mitglied Alfred Karraß an den Folgen seiner Schwerkriegsverletzung im Alter von 51 Jahren. — Am 2. September starb unser Kollege Karl Ulrich an Herzleiden im Alter von 41 Jahren.

Zwickau. Am 27. August schied unser Kollege Arno Starke freiwillig aus dem Leben. Ehre ihrem Andenken!

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Nannhof-Leipzig

Maler-Berufskleidung

- Amerik. Schutzanzug . 10,50 u. 11,20 Mk.
- Einf. Maler-Anzug 9,20 "
- Komb. " 9,20 "
- Maler-Kittel 6,30 "
- Alles aus prima Körper. — Eigene Fabrikation.
- Maler-Kittel aus la Rohnessel 4,39 und 5,20 Mk.

Brust- und Leibumfang und Schrittlänge angeben.

E. Huhn, Dresden-A. 16, Zöllnerstraße 33

MALERFACHSCHULE

Höhere Gewerbeschule Karlsruhe (Baden) Adlerstraße 29

Semesterbeginn: 1. Oktober 1930
2 aufsteigende Semester von je 5 Monaten Dauer
Schluß der Anmeldungen: 1. September 1930
Auskunft durch die Direktion

MALERFACHSCHULE GEESTHACHT

Bezirk Hamburg — Leiter: Maler Hans Holert
Neuzeitliche Raumgestaltung, Dekorative Malerei, Plakatkunst. Die Vorbereitung zur Meisterprüfung leitet Volkswirt Dr. rer. pol. Wendorff. Anfang des Wintersemesters 1930/31 am 15. Oktober. Anmeldungen bis 1. Oktober erbeten. Auskunft erteilt jederzeit: Hans Holert, Gr. Bergstraße 28



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichsbedürftige Objekte an den Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Meldekarten sind beim Filialvorstand zu haben.